

Glattfelden, Elgg und Zürich, 22. August 2005

KR-Nr. 226/2005

**MOTION** von Susanne Rihs-Lanz (Grüne, Glattfelden), Thomas Ziegler (EVP, Elgg) und Dr. Christoph Holenstein (CVP, Zürich)

betreffend Aktualisierung von Daten im Polizeiorganisationssystem (POLIS)

---

Der Regierungsrat wird beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen dafür zu schaffen, dass die Aktualisierung von Daten im Polizeiorganisationssystem (POLIS) gewährleistet wird. Dafür muss die Justiz verpflichtet werden, den Ausgang von Strafverfahren der Polizei weiterzuleiten.

Susanne Rihs-Lanz  
Thomas Ziegler  
Dr. Christoph Holenstein

Begründung:

Die neue Verordnung zum Polizeiorganisationssystem (POLIS) sieht eine automatische Information über den Ausgang von Strafverfahren an die Polizei nicht vor. Dies hat zur Folge, dass weiterhin überholte Daten nicht gelöscht und an andere Amtsstellen weitergegeben werden. Auch in Zukunft werden also Menschen als Tatverdächtige aufgeführt, die möglicherweise nichts mit dem Delikt zu tun haben, freigesprochen wurden oder deren Verfahren eingestellt worden ist. Das Polizeiorganisationssystem dient dazu, die Arbeit der Polizei zu rationalisieren, Recherchen zu vereinfachen und schlussendlich die öffentliche Sicherheit zu verbessern. Dieses zwar sinnvolle System darf aber nicht dazu führen, dass falsche Daten gespeichert und überholte hoch sensible Informationen weitergegeben werden. Wenn der Staat Daten von Bürgerinnen und Bürgern aufnehmen darf, so ist es aber seine Pflicht, sie richtig und vollständig zu bearbeiten. Es kann nicht sein, dass Betroffene die Aktualisierung ihrer Daten selber an die Hand nehmen müssen. So korrekt wie die Daten ins System aufgenommen wurden, so korrekt sollen sie angepasst oder wieder gelöscht werden.

226/2005